

3. Partizipative Forschung

Der Intersektionale Mehrebenenansatz beruht auf einem kritisch-transformativen Verständnis intersektionaler Sozialforschung. Wissenschaftliche Erkenntnisse sollen einen Beitrag zur Kritik von Herrschaftsverhältnissen und sozialer Ungleichheit und damit auch zu ihrer Überwindung leisten. Damit knüpft der Ansatz an die theoriegeschichtliche Verbindung zwischen Wissenschaft und den politischen Kämpfen von mehrfach marginalisierten Menschen für soziale Gerechtigkeit und politische Teilhabe an (siehe Abschnitt 1.1).

Mit diesem Anspruch ist intersektionale Forschung im hegemonialen Wissenschaftssystem ein randständiges Unterfangen. Die Trennungen und Hierarchien zwischen Expert*innenwissen und Alltagswissen, zwischen Wissenschaft und Praxis sowie zwischen einem angeblich objektiven Wissen und einer politisch engagierten Haltung stehen partizipatorischen Formen von Wissensproduktion oftmals entgegen. Praktiker*innen und Betroffene gestalten die empirische Sozialforschung kaum mit. Zwar gibt es in vielen Disziplinen Verbindungspunkte zur Praxis, sei es in der Sozialen Arbeit, in den Gender Studies oder in den Rechtswissenschaften. Jedoch führen die Normen und Regeln des wissenschaftlichen Feldes oft dazu, dass sich die Akteur*innen in diesem Feld gesellschaftspolitische Einbindungen und damit mögliche Konsequenzen der Forschung nicht ausreichend bewusst machen. Oftmals rücken aber auch politische Anliegen der Forschenden gegenüber den Anforderungen des Wissenschaftssystems in den Hintergrund.

In diesem abschließenden Kapitel beschäftigen wir uns damit, welche Möglichkeiten der Intersektionale Mehrebenenansatz für die Vermittlung von Sozialforschung und Praxis bietet. Wir beziehen uns dazu auf soziologische Ansätze der Handlungs- und Aktionsforschung und auf den kritisch-psychologischen Ansatz der Praxisforschung. Handlungs- oder Aktionsforschung verstehen wir nicht als eigenständige Methode, sondern als eine Sammlung von Prämissen und Werkzeugen mit sehr vielfältigen Quellen und Bezügen (für einen Überblick vgl. Bergold/Thomas 2010). Die Praxisforschung ist ein marxistischer und subjektwissenschaftlicher Ansatz aus der Kritischen Psychologie. Die theoretischen Grundlagen der Kritischen Psychologie sowie ihre methodologischen Überlegungen zu partizipativer Forschung lassen sich mit dem hier vorgestellten theoretischen Rahmen verbinden (siehe Abschnitt 1.4). Die Kritische Psychologie berücksichtigt »sowohl [die] objektive Bestimmtheit als auch [die] subjektive Bestimmung menschlicher Existenz« (Markard 2017: 234). Dabei fragt sie insbesondere danach, wie sich Handlungsfähigkeit erweitern lässt. Sie sucht also – expliziter als sozialwissenschaftliche Analysen es in der Regel tun – nach konkreten alternativen Handlungsmöglichkeiten.

Den genannten auf Partizipation ausgerichteten Forschungsansätzen ist gemeinsam, dass sie Wissensproduktion als Beitrag zu gesellschaftspolitischen Transformationsprozessen verstehen. Dies geschieht unter der Prämisse, dass Problemstellungen und Problemlösungen aus dem sogenannten Elfenbeinturm am Denken und Handeln der Menschen vorbeigehen. Aktions- und Praxisforschung bieten uns somit Methoden und theoretische Ansätze, mit denen wir die Intersektionale Mehrebenenanalyse als partizipative Forschung gestalten können, bei der Akteur*innen im Feld als Mitforschende in die Produktion kritisch-transformativen Wissens einbezogen werden.

Einige Elemente der Aktions- bzw. Praxisforschung werden bereits in Forschungsprojekten mit der Intersektionalen Mehrebenenanalyse umgesetzt, andere werden derzeit erprobt. In diesem Kapitel geht es um programmatische Überlegungen, die auf den Erfahrungen in diesen Forschungsprojekten beruhen, aber auch über sie hinausgehen.

Dazu gehen wir zunächst auf die Grundüberlegungen der genannten Ansätze ein (3.1). Daran anschließend stellen wir Erfahrungen und Überlegungen hinsichtlich einer partizipativen Herangehensweise an das Forschungsdesign vor (3.2), zeigen, was Partizipation auf der Ebene der Datenerhebung und Analyse bedeutet (3.3) und wie die Transformation von wissenschaftlichen Ergebnissen in die Praxis gelingen kann (3.4). Abschließend resümieren wir den Anspruch von intersektionaler Praxisforschung im Kontext der gegenwärtigen Hochschulsteuerung und Forschungsförderung (3.5).

3.1 Methodologische Prämissen

Den Begriff der Partizipation verstehen wir in einem spezifischen Sinne. Anders als beispielsweise in der Evaluationsforschung oder der sozialwissenschaftlichen Politikberatung, wo es um die Berücksichtigung von sogenanntem Praxiswissen in der Forschung geht, meinen wir mit Partizipation eine gemeinsame Gestaltung des Forschungsprozesses. Der Dreh- und Angelpunkt dieses Prozesses ist die Beziehung und Zusammenarbeit zwischen Forschenden und Mitforschenden. Forschende arbeiten im wissenschaftlichen Feld, z.B. in einem Forschungsprojekt. Mitforschende sind Menschen, die – mit Ausnahme von partizipativen Projekten innerhalb des Wissenschaftssystems – in außerwissenschaftlichen Praxisfeldern aktiv sind. Sie wirken aus einem eigenen Interesse an der kritischen Reflexion dieses Feldes am Forschungsprojekt mit, während für die Forschenden durchaus auch wissenschaftsimmanente Interessen eine Rolle spielen. Die durch die Zusammenarbeit gewonnenen Erkenntnisse sollen die Mitforschenden zu einer umfassenden Reflexion und Transformation des eigenen Handelns befähigen: »Idealtypisch bilden dabei Erkennen und Verändern insofern eine Einheit, als der Forschungsprozess auf eine andere, eine veränderte Praxis ausgerichtet ist.« (Andresen 2005: 66)

Wir gehen davon aus, dass für mitforschende Menschen aus der Praxis die Beteiligung an einem partizipativ gestalteten Projekt mit

der Intersektionalen Mehrebenenanalyse dann interessant ist, wenn sie in ihrem Alltag mit Problemen und Konflikten zu kämpfen haben, die aus ihrer Sicht mit ungleichen Positionierungen, Mehrfachdiskriminierung und miteinander verwobenen Herrschaftsverhältnissen zu tun haben. Für die methodologischen Überlegungen zur Ermöglichung von Partizipation greifen wir auf die Kritische Psychologie zurück, die bestrebt ist, den Erkenntnisstandpunkt des Subjekts in die psychologische Erkenntnisgewinnung einzubeziehen. Die Kritische Psychologie geht davon aus, dass es gesellschaftliche Bedingungen gibt, die durch Bedeutungen gesellschaftlich vermittelt werden und die wir als Möglichkeitsräume und Barrieren für menschliche Handlungsoptionen theoretisch und empirisch untersuchen und bestimmen können. Wenn es aber darum geht, welche Bedeutung diese Strukturen in konkreten Situationen real für das Handeln von Menschen erlangen, dann lässt sich dies nicht theoretisch auf die betrachtete Situation herunterbrechen. Hierfür ist es vielmehr nötig, die Situation vom Standpunkt des Subjektes aus zu verstehen: »In der Art und Weise und soweit ein Individuum Bedingungen und deren Bedeutungen für sich als Handlungsmöglichkeiten bzw. -behinderungen wahrnimmt und für sich akzentuiert, macht es sie für sich zu seinen ›Prämissen‹.« (Markard 2010: 170) Diese Herangehensweise entspricht den allgemeinen Grundannahmen subjektorientierter Sozialforschung. Worauf die subjektwissenschaftliche Praxisforschung an dieser Stelle insbesondere abhebt, ist, dass die von Markard benannten Prämissen des Handelns Dritten nicht zugänglich sind. Das macht soziale Praxen zu speziellen Forschungsgegenständen, die in ihrer gesamten Tiefe nur unter der Beteiligung der individuellen Akteur*innen erforscht werden können. Die Erforschung der subjektiven Funktionalität der Denk- und Handlungsweisen einzelner Individuen ist damit methodisch »zwingend an eine bestimmte Weise der Kommunikation und Erfahrungsgewinnung gebunden: den Modus intersubjektiver Verständigung« (Holzkamp 1996: 58).

Wenn wir hier auf die Kritische Psychologie Bezug nehmen, plädieren wir damit nicht für eine Priorisierung von psychologischen

gegenüber soziologischen Fragestellungen in der empirischen Sozialforschung. Vielmehr hilft uns die Kritische Psychologie, die Möglichkeiten und Grenzen von partizipativen Forschungsprozessen im Hinblick auf die Analyse subjektiver Konstruktionen einzuordnen. Die Herausforderung besteht zum einen im Bereich der Theorie darin, das Alltagswissen durch wissenschaftliche Reflexion zu überschreiten und diese Reflexion praktisch in den Alltag zu übertragen. Zum anderen entsteht die methodische Herausforderung: Wenn wir subjektives Handeln im Kontext von gesellschaftlichen Bedingungen verstehen und den Menschen Wissen darüber bereitstellen wollen, das ihre Handlungsfähigkeit erweitert (zum Begriff der erweiterten Handlungsfähigkeit vgl. Abschnitt 1.4), muss die Erkenntnisgewinnung *mit* ihnen stattfinden. Um gemeinsam aufzudecken, welche Funktionen subjektive Begründungen in Bezug auf gesellschaftliche Bedingungen und Begründungen einnehmen, muss das hegemoniale methodologische Register der Sozialforschung bewusst überschritten werden.

Die Intersektionale Mehrebenenanalyse bietet verschiedene Anknüpfungspunkte für intersektionale partizipative Forschung. Eine subjektwissenschaftliche Praxisforschung mit der Intersektionalen Mehrebenenanalyse beschreibt Winker als Verbindung »intersektionaler Ungleichheitsanalysen mit der Suche nach Möglichkeiten für politisches Handeln« (Winker 2012: 25). Indem soziale Positionierungen und die mit ihnen verbundenen Formen von Handlungsfähigkeit herausgearbeitet werden, werde erkennbar, in welche gesellschaftlichen Dynamiken und Entwicklungsprozesse die untersuchten sozialen Praxen eingelassen sind. Dabei werden insbesondere auch die Widersprüche greifbar, etwa wenn Menschen Gutes für sich und andere wollen oder sich empfundenen Ungerechtigkeiten widersetzen, dabei aber wissend oder unwissend Einschränkungen, Ungleichheiten und Hierarchien reproduzieren (Winker 2012).

Es gibt Projekte, die zeigen, wie eine solche Partizipation gelingen kann. Dazu gehören das partizipative Forschungsprojekt zur »Lebenssituation von gewaltbetroffenen Frauen mit und ohne Psychiatrieerfahrung im Frauenhaus – Eine intersektionale Analyse«, das seit 2012

in Schleswig-Holstein durchgeführt wird, sowie ein gleichnamiges hessisches Forschungsprojekt, das 2018 begonnen wurde.¹ Diese und weitere Forschungsprojekte liegen unseren folgenden Überlegungen zur Konzeption und Durchführung von partizipativ gestalteten Intersektionalen Mehrebenenanalysen zugrunde. Dabei gehen wir immer auch auf mögliche Anpassungen ein, die vorgenommen werden müssen, wenn das Vorhaben eines möglichst hohen Maßes an Partizipation der Mitforschenden unter den einschränkenden Bedingungen hegemonialer Wissenschaftspraxis gelingen soll.

3.2 Konzeption eines partizipativen Forschungsprojektes

Partizipation besteht nicht darin, Menschen aus der Praxis in ein fertig konzipiertes Forschungsprojekt einzuladen. Vielmehr müssen alle am Forschungsprozess beteiligten Personen von Anfang an einen »Wunsch nach Wissen über einen bestimmten Gegenstandsbereich« haben und die Überzeugung teilen, »dass Partizipation in der jeweiligen Forschungssituation angemessen, erkenntnisträchtig und moralisch gerechtfertigt ist und dass das angezielte Wissen nur gemeinsam mit Anderen hergestellt werden kann« (Bergold/Thomas 2010: 339). Ein solches Verständnis von Partizipation bringt es mit sich, dass die Bestimmung von Ziel und Gegenstand nicht theorie-, sondern problemgeleitet erfolgt. Für die subjektwissenschaftliche Forschung der Kritischen Psychologie schlägt Markard vor, von einem lebenspraktischen Problem auszugehen, und denkt dabei vor allem an »Proble-

1 Das Projekt in Schleswig-Holstein wird von Melinda Carstensen und Lena Oeverdiek (Autonome Frauenhäuser Schleswig-Holstein), Kathrin Schrader (Frankfurt University of Applied Sciences) und Christiane Micus Loos (Universität Kiel) gemeinsam durchgeführt. Das Projekt in Hessen, das für zwei Jahre (2018–2020) durch das Hessische Ministerium für Wissenschaft und Kunst finanziert wird, wird von Schrader und ihrem Forschungsteam bearbeitet. Wir danken Kathrin Schrader und Stella Schäfer für die Einblicke, die sie uns im Rahmen eines Interviews in die beiden Vorhaben gewährt haben.

me, in denen sich in ihrer Dynamik unbegriffene Machtverhältnisse niederschlagen« (Markard 2017: 240). Auf dieser Grundlage können Forscher*innen und Menschen aus der Praxis gemeinsam überlegen, welcher Gewinn sich für die unterschiedlichen Beteiligten aus einem partizipativen Forschungsprojekt ziehen lässt. Dabei muss zunächst einmal abgesteckt werden, wie viel Zeit die Beteiligten jeweils für das gemeinsame Forschen zur Verfügung stellen können. Das ist wichtig, um offen über die sich daraus ergebenden Möglichkeiten sowie die aneinander gerichteten Erwartungen zu sprechen. Darüber hinaus muss offen darüber kommuniziert werden, inwiefern die verschiedenen Beteiligten unterschiedliche Interessen mit dem Projekt verbinden und inwieweit individuelle Ziele bei der Planung berücksichtigt werden sollen. Dazu müssen insbesondere die beteiligten Forscher*innen bereit sein zu reflektieren, welche Bedeutung das betreffende Projekt für ihre berufliche Laufbahn spielt. Wie wichtig ist es für sie, im Zuge des Projektes zu Expert*innen für bestimmte Aspekte des Themas zu werden? Inwieweit schränken berufliche Ziele sie darin ein, das Projekt als ergebnisoffenen kollektiven Prozess zu gestalten? Diese Fragen lassen sich aber auch aus Perspektive der Mitforschenden stellen, vor allem, wenn diese ebenfalls in beruflichen Settings am Forschungsprojekt teilnehmen. Da partizipative Forschungsprojekte im Gegensatz zu vielen anderen Forschungsprojekten nicht in erster Linie dem Erkenntnisgewinn der Forschung dienen sollen, sondern auf eine Veränderung von Praxis abzielen, müssen Mitforschende ein hohes Maß an Bereitschaft mitbringen, ihre bisherige Praxis zu hinterfragen.

Partizipative Forschung bringt die Herausforderung mit sich, unterschiedlich situierte Wissenszugänge zusammenzubringen, da »Forschung bzw. die an ihr Beteiligten sich in gesellschaftlichen Widersprüchen, in Herrschaftsverhältnissen bewegen« (ebd.: 228). Wir können nicht davon ausgehen, dass Forschende und Mitforschende immer auf Augenhöhe agieren können. Denn auch ihre Interessen stehen meist nicht gleichrangig nebeneinander, sondern sind in Herrschaftsverhältnisse eingelassen. Daher stellt die »Analyse der Machtstruktur [...] einen notwendigen ersten Schritt bei der Imple-

mentierung von partizipativen Forschungsprojekten« (Bergold/Thomas 2010: 336) dar. Die Ressourcen, die Einzelne einbringen können, können sehr unterschiedlich verteilt sein. Gleiches kann für Vorerfahrungen, Kompetenzen und Selbstsicherheit gelten, wenn es um gemeinsame Analysen, aber auch um Veröffentlichungen und Vorträge geht. Wie abhängig sind die Einzelnen beruflich und persönlich von einem erfolgreichen Ausgang des Projektes und wie wird Erfolg hier definiert? Muss am Ende eine wissenschaftliche Fachpublikation stehen oder sind ganz andere Formen der Wissenschaftskommunikation denkbar? Diese Fragen müssen im Prozess immer wieder reflektiert werden, um einen gemeinsamen Umgang zu finden, der möglichst gleiche Teilhabe an der Wissensproduktion ermöglicht und verhindert, dass die Arbeit der Mitforschenden am Ende für die Zwecke der Wissenschaft ausgebeutet wird.

Die zwei unter dem gemeinsamen Titel »Lebenssituation von gewaltbetroffenen Frauen mit und ohne Psychiatrieerfahrung im Frauenhaus – Eine intersektionale Analyse« in Schleswig-Holstein und Hessen durchgeführten Forschungsprojekte zeigen, wie aus einem lebenspraktischen Problem ein intersektional und partizipativ angelegtes Forschungsprojekt werden kann. Ausgangspunkt für beide Projekte sind real erlebte Konflikte im Frauenhausalltag und ein für Bewohnerinnen und Mitarbeiterinnen unbefriedigender Umgang damit, insbesondere im Hinblick auf die Situation und die Diskriminierung psychiatriebetroffener Frauen.

Frauenhäuser vertreten einen Ansatz feministischer und parteilicher Sozialarbeit (Carstensen et al. 2018: 138). Sie sehen Gewalt gegen Frauen als Ausdruck hierarchischer Geschlechterverhältnisse und Frauenhäuser als Schutzräume und zugleich als Orte des gemeinsamen, erweiterten Handelns gegen sexistische Strukturen. Die Bewohnerinnen haben oft komplexe Gewalterfahrungen gemacht, die sich mit weiteren Problemen überlagern: »Die persönliche Betroffenheit überschneidet sich mit einem rassistischen Aufenthaltsrecht, der Abhängigkeit von ALG II, der Diskriminierung von psychiatriebetroffenen Frauen und Trans*Personen, der Definition von »Arbeits(un-)

fähigkeit« durch das Arbeitsamt und der institutionellen Akzeptanz hierarchischer Geschlechterverhältnisse« (ebd.: 139f.). Die Situation der Bewohnerinnen ist also von »verschiedenen, untereinander verwobenen Ungleichheitskategorien und Diskriminierungsmechanismen« (ebd.: 138) geprägt.

Dies führt in Frauenhäusern oft zu Konflikten, die Bewohnerinnen und Mitarbeiterinnen unter den vorherrschenden Bedingungen knapper Ressourcen an Räumen, Geld, Personal nicht lösen können. Eine Gruppe, die darunter besonders leidet, sind Frauen mit Psychiatrieerfahrung. Im Alltag in den Frauenhäusern werden Frauen mit Psychiatrieerfahrung aber vor allem als diejenigen wahrgenommen, die Konfliktpotenzial in die Gemeinschaft hineintragen. Ausgangspunkt der partizipativen Forschung war der Verdacht von Mitarbeiterinnen, dass sie in dieser Lage möglicherweise selbst als Diskriminierende agierten. »Der angestrebten Hierarchiefreiheit im Frauenhaus stehen eigene Ausschlusskriterien und Identitätskonstruktionen (auch der Mitarbeiterinnen) entgegen, die möglicherweise Diskriminierungen reproduzieren, und die es aufzudecken und zu reflektieren gilt.« (Ebd.: 138) Vor diesem Hintergrund entschloss sich das Projektteam, eine gemeinsame, partizipative Intersektionale Mehrebenenanalyse durchzuführen. Der Schwerpunkt der Untersuchung sollte dabei auf psychiatriebetroffenen oder -erfahrenen Bewohnerinnen in verschiedenen Frauenhäusern und dem Umgang mit ihnen liegen. Sie werden von Mitarbeiterinnen und anderen Bewohnerinnen häufig als Problemfälle konstruiert, die für das Zusammenleben in Frauenhäusern eine Herausforderung darstellen (ebd.: 140ff.). Davon ausgehend entwickelten die Projektbeteiligten eine subjektorientierte Herangehensweise, bei der die subjektiven Gewalterfahrungen mit den Stigmatisierungen von psychiatrieerfahrenen Frauen auf der Repräsentationsebene und den sozialen Strukturen, die Gewaltverhältnisse hervorbringen, in Bezug gesetzt werden (ebd.: 144). Befragt wurden Bewohnerinnen und Sozialarbeiterinnen in Frauenhäusern in Schleswig-Holstein. Außerdem nahmen zwei Sozialarbeiterinnen aus Auto-

nomen Frauenhäusern als Forscherinnen am Forschungsprozess teil (ebd.: 144f.).

Die Frauenhausmitarbeiterinnen engagieren sich für das Forschungsprojekt, da sie hoffen, durch die gemeinsame Analyse etwas zur Veränderung der für sie unbefriedigenden Situation beizutragen. Die Bewohnerinnen der Frauenhäuser partizipieren hingegen nicht als Mitforschende. Aus Sicht der Forschungsgruppe konnte dies unter den gegebenen Umständen nicht realisiert werden. Die Sicht der Bewohnerinnen ist aber in Form von Interviews in das Projekt eingeflossen. Dass die oft hochkomplexen Problemlagen der Bewohnerinnen, die zudem nur für begrenzte Zeit in einem Frauenhaus sind, den Anforderungen an partizipatives Forschen entgegenstehen, ist nachvollziehbar. Zugleich zeigt das Beispiel, dass die Möglichkeiten, strukturell bedingte Hierarchien so weit auszugleichen, dass Partizipation möglich wird, begrenzt sind. Den Bewohnerinnen das Anliegen des Projektes zu vermitteln und ihre Interessen so weit wie möglich zu berücksichtigen, ist deshalb eine weitere wichtige Aufgabe des Forschungsteams.

Partizipative Forschungsprojekte dieser Art sind sehr voraussetzungsreich. Nicht immer ist es möglich, die Problemstellung bereits mit allen Mitforschenden gemeinsam zu erarbeiten. Trotzdem kann es gelingen, tatsächliche Praxisprobleme als Forschungsfragen zu definieren. So sind in manchen Fällen die Forschenden selbst engagierte Akteur*innen im Feld und kennen die Probleme aus eigener Anschauung und dem Austausch mit anderen. Ein Beispiel dafür ist die Intersektionale Mehrebenenanalyse von Raab zu Care in konsensuell nicht-monogamen Beziehungen. Raab positioniert sich als Forscher, der selbst konsensuell nicht-monogam lebt und jahrelang Bildungsveranstaltungen und Vorträge zum Thema organisiert hat (Raab 2019: 104). Er formuliert die Forschungsfragen zum Verhältnis von Neoliberalismus und alternativen Beziehungsformen insofern als Praxisprobleme, als er das emanzipatorische Potenzial dieser Lebensweise verstehen und stärken möchte.

Ein weiterer Ansatz, um Akteur*innen aus dem Feld einzubeziehen, sind Beratungsgremien aus Menschen, die Interessen bestimmter gesellschaftlicher Gruppen vertreten und die Forscher*innen von diesem Standpunkt aus als Expert*innen beraten. Dass auch die Arbeit mit einem Beratungsgremium partizipativ angelegt sein kann, zeigt ein Projekt zum Thema Behinderung und Armut, das die kanadische Forscherin Alexis Buettgen gemeinsam mit Jason Richardson, Kristie Beckham, Kathy Richardson und Michelle Ward durchgeführt hat – einer Gruppe von Menschen mit Behinderung, die sich für Selbstbestimmung einsetzen. In einem gemeinsam verfassten Artikel legen sie dar, dass diese Form der Forschung für alle Mitwirkenden ermächtigend ist, gerade weil sie mit »power sharing« einhergeht: »[...] all members have representation and decision-making power in the research« (Buettgen et al. 2012: 605). Die Beispiele zeigen, dass Partizipation gerade in der Konzeption von Forschungsprojekten wichtig ist, damit die Beteiligten ihre Sicht auf relevante Probleme und ihre Ziele in den Prozess einbringen können.

3.3 Gemeinsame Datenerhebung und Auswertung

Der partizipative Anspruch wird auch beim Forschungsdesign, also bei der Wahl von geeigneten Erhebungsmethoden und bei der Auswahl der Interviewpartner*innen weiterverfolgt. Die Methoden müssen für alle Mitforschenden und Befragten verständlich und nachvollziehbar sein. Das stellt die Beteiligten aus der Wissenschaft vor die Aufgabe, wissenschaftliche Konzepte und Methodenkompetenz zu vermitteln.

Die Wissenschaftssprache ist für die meisten Menschen eine Hürde bei der Partizipation. Da Praxisforschungsprojekte ein gemeinsames Verständnis der Problem- und Zielstellungen voraussetzen, müssen Begriffe übersetzt werden. Forschungsgruppen entwickeln mit der Zeit ein eigenes Vokabular, um etwa über die verschiedenen Abstraktionsebenen zu sprechen, auf die sich Wissenschaft beziehen kann. An Praxisforschungsprojekten können Menschen beteiligt sein,

die bisher kaum Berührung mit Wissenschaft hatten, oder aber Menschen, die selbst einen akademischen Hintergrund haben – möglicherweise aber in einem ganz anderen Bereich. All das bringt je spezifische Herausforderungen mit sich, auf die sich Forschungsteams mit ausreichend Zeit und Kreativität einlassen müssen.

Bei der Wahl der Methoden ist es wichtig, dass die Beteiligten nachvollziehen können, inwiefern diese dabei helfen, das gemeinsame Ziel zu erreichen. Das problemzentrierte Interview, mit dem in Intersektionalen Mehrebenenanalysen oft gearbeitet wird, eignet sich diesbezüglich besonders gut als Gesprächsform. Anders als bei anderen Formen des qualitativen Interviews, wie etwa dem narrativen Interview, fließt problembezogenes Alltagswissen der Befragten stark in die Gestaltung des Interviews ein. Durch Ad-hoc-Fragen, in denen die Vorüberlegungen und Fragen des Projektteams Raum finden, kann der dialogische, prozessorientierte Charakter von Praxisforschung unterstrichen werden (vgl. Abschnitt 2.4.1).

Andere Erhebungsformen können sich, auch ergänzend zu Einzelinterviews, sehr gut für Praxisforschungsprojekte eignen, weil sie einen kreativen und gestaltenden Zugang zum Thema eröffnen. Dazu gehören z.B. Methoden der Visualisierung der eigenen Alltagswelt, wie sie Raab mit der Aufzeichnung von Beziehungsnetzwerken verwendet hat (Raab 2019: 108ff.). Auch Gruppeninterviews können gerade im Kontext von Partizipationsprojekten gut geeignet sein, wenn hierbei Menschen beteiligt sind, die im Alltag zusammenarbeiten oder anderweitig in einem Gruppenkontext gemeinsam handeln (siehe 2.5). So wurde im hessischen Projekt zur »Lebenssituation von gewaltbetroffenen Frauen mit Psychiatrieerfahrung im Frauenhaus« ein Fokusgruppeninterview mit Frauenhausmitarbeiterinnen geführt, das die zwölf problemzentrierten Interviews mit Bewohnerinnen ergänzt.

Beim schleswig-holsteinischen Forschungsprojekt zu Frauenhäusern umfasste der partizipative Ansatz bei der Datenerhebung Interviews mit Bewohnerinnen, Gruppendiskussionen mit Mitarbeiterinnen und die Beteiligung von zwei Sozialarbeiterinnen aus Frauenhäusern der betreffenden Region als Forscherinnen im Projekt

(Carstensen et al. 2018: 144). Die beiden Sozialarbeiterinnen sind von Anfang an Teil des Forschungsteams und in dieser Funktion bei der Konzeption des Projektes, der Erhebung und der Auswertung von Daten involviert. Konkret heißt das z.B., dass der Leitfaden von Schrader als hauptberuflich Forschender entworfen und dann mit den mitforschenden Frauenhausmitarbeiterinnen besprochen wurde. Diese haben den Leitfaden dann wiederum im Rahmen einer Landesarbeitsgemeinschaft mit Kolleginnen aus der Praxis diskutiert und modifiziert, bevor er zur Anwendung kam.

Im Projekt von Buettgen und ihrem Team zu Behinderung und Armut wurden Fokusgruppeninterviews durchgeführt, an denen Menschen mit Entwicklungsbeeinträchtigung teilnahmen. Dabei fungierten neben Buettgen jeweils zwei Personen aus dem Beratungsgremium als Ko-Moderator*innen. Diese unterstützten die Teilnehmenden bei der Vermittlung ihrer Anliegen: »[...] most focus group participants would look to the Committee members to help them articulate their thoughts and ideas« (Buettgen et al. 2012: 610). Außerdem haben die Berater*innen als Mitforschende mit eigenen Notizen und Beobachtungen zu den Fokusgruppeninterviews zur Datenerhebung beigetragen und ihr Wissen so in die Datenauswertung eingebracht.

Auch die Auswertung der Daten erfolgt in einem partizipativen Forschungsprojekt möglichst gemeinsam oder unter Einbezug der Mitforschenden. Die gemeinsame Auswertung ist förderlich für die Qualität der Ergebnisse, da im Team unterschiedliche Lesarten diskutiert und falsche Vorannahmen korrigiert werden können. Als Anknüpfungspunkte für den Einbezug der Interviewten in die Analyse bieten sich in der Intersektionalen Mehrebenenanalyse die Formulierung von Subjektkonstruktionen, die Bildung von Typen bzw. Gruppen, die vertiefende Analyse von sozialen Strukturen und symbolischen Repräsentationen sowie die Analyse der sozialen Positionierung und Handlungsfähigkeit an. Insbesondere die Analyse der sozialen Positionierung bzw. der Handlungsfähigkeit kann der Ausgangspunkt für die praktischen Konsequenzen sein, die aus der gemeinsamen Forschung entstehen können.

Das oben genannte partizipative Forschungsprojekt mit den Autonomen Frauenhäusern in Schleswig-Holstein arbeitet Subjektkonstruktionen gemeinsam im Forschungsteam heraus. Dieser Prozess nimmt sehr viel Zeit in Anspruch, zumal in diesem Fall das gesamte Forschungsteam einschließlich der beteiligten Wissenschaftlerinnen unentgeltlich in der Freizeit an dem Projekt arbeitet. Bei den meisten Projekten wird hier aber arbeitsteilig vorgegangen. Beruflich Forschende werten das Material aus und stellen die Auswertungsergebnisse dann im gesamten Forschungsteam zur Diskussion, um sie auf ihre Aussagekraft hin zu befragen (ebd.: 611).

Bei der Intersektionalen Mehrebenenanalyse gibt es grundsätzlich die Möglichkeit, die Subjektkonstruktionen an die Interviewten zurückzumelden (vgl. Abschnitt 2.6). Diese kommunikative Validierung stellt sicher, dass die Subjektkonstruktionen, die anschließend vertiefend analysiert werden, tatsächlich den Selbstpositionierungen der Interviewten entsprechen. Hausotter (2018: 85–88) und Raab (2019: 121–124) berichten aus ihren Forschungsprojekten, dass die Subjektkonstruktionen durch konkrete Rückmeldungen der Interviewten präzisiert und korrigiert werden konnten. Bei Raab konnte ein Interview nach diesem Schritt nicht weiterverwendet werden, da die befragte Person mit der Auswertung nicht einverstanden war. Dadurch konnte zumindest auf individueller Ebene Kontrolle über die Mitwirkung an diesem Forschungsprojekt ausgeübt werden, was im Hinblick auf die informierte Zustimmung (vgl. Abschnitt 2.3.3) durchaus positiv zu bewerten ist.

Anschließend an das Herausarbeiten von Subjektkonstruktionen geht es darum, die symbolischen Repräsentationen und sozialen Strukturen vertiefend zu analysieren. Dabei wird der Frage nachgegangen, welche sozialen Positionierungen die Subjektkonstruktionen darstellen und welche Handlungsspielräume sich durch die intersektionalen Wechselwirkungen im Feld ergeben. Bei dem in Schleswig-Holstein angesiedelten Projekt zur Lebenssituation gewaltbetroffener Frauen mit Psychiatrieerfahrung im Frauenhaus werden hier die Beziehungen zwischen den drei Analyseebenen herausgearbeitet:

»Es geht um eine subjektorientierte Herangehensweise, die auf der Ebene der Identität nach der subjektiven Gewalterfahrung fragt und mit Bezug auf die Repräsentationsebene herausarbeitet, welche Stigmatisierungen von psychiatriee erfahrenen Frauen sichtbar werden und auf welche Ideologien diese zurückgreifen. [...] Wir möchten die subjektiven Gewalterfahrungen in Beziehung zu den Strukturen setzen, denn Gewaltverhältnisse sind klassistische, bodyistische, heteronormative und rassistische Herrschaftsverhältnisse, die sich auch im Frauenhaus widerspiegeln.« (Carstensen et al. 2018: 144)

Auf diese Weise wird die subjektive Gewalterfahrung nicht nur sichtbar gemacht und dadurch anerkannt, sondern gesellschaftlich kontextualisiert.

Für das praktische Vorgehen scheint es uns in den meisten Forschungssettings realistisch, dass die vertiefende Analyse wieder durch die beruflichen Forscher*innen erfolgt und die Ergebnisse dann in Workshops mit den Mitforschenden besprochen werden. Möglich ist es, zunächst im Rahmen einer gemeinsamen Arbeitssitzung zu bestimmen, welche Wege bei der vertiefenden Analyse eingeschlagen werden sollen. Hier geht es dann aber nicht mehr um die Validierung der Auswertung des jeweils eigenen Interviews, sondern um die Diskussion des ausgewerteten Datenmaterials im Forschungsteam. Dabei kann beispielsweise besprochen werden, welche Aspekte aus den Subjektkonstruktionen die Mitforschenden als besonders aussagekräftig oder auch überraschend wahrnehmen und ob diese Aspekte möglicherweise auch Hinweise auf erweiterte Handlungsmöglichkeiten liefern. Solche Auswertungsworkshops können nach der vertiefenden Analyse fortgesetzt werden. Worum es in den Gesprächen geht, hängt ganz vom Projekt ab. Es kann darum gehen, überhaupt die gesellschaftlichen Ursachen und Zusammenhänge von scheinbar individuellen Konflikten zu erkennen. Es kann um die Erarbeitung jeweils eigener neuer Handlungsmöglichkeiten gehen. Es kann um die Grenzen individualisierten Handelns gehen und um Ansatzpunkte für

kollektives Handeln. Es kann auch um die Erarbeitung konkreter gemeinsamer Schritte gehen.²

Partizipative Forschungsprojekte benötigen Ressourcen, um solche Formate durchzuführen. Wenn die Zeit und das Geld für Gruppendiskussionen und deren Auswertung fehlen, können begrenztere Formate entwickelt werden, durch die wiederum Ansätze von Partizipation in das Projekt integriert werden können. Zu diesem Zweck organisiert z.B. das hessische Forschungsprojekt zur »Lebenssituation von gewaltbetroffenen Frauen mit Psychiatrieerfahrung im Frauenhaus«, das lediglich für zwei Jahre finanziert wird, drei Veranstaltungen: einen Auftaktworkshop zu Beginn des Projektes, einen Workshop, bei dem Zwischenergebnisse mit den Partner*innen aus der Praxis diskutiert werden, und eine Abschlusstagung. Einen anderen Weg wählt Raab, der die Ergebnisse seiner vertiefenden Analyse zu Thesen zugespitzt hat, in denen Handlungsstrategien erkennbar sind, die aus seiner Sicht »besonders geeignet für die Erweiterung des emanzipatorischen Potenzials konsensueller Nichtmonogamie scheinen« (Raab 2019: 124). Diese Thesen hat er in einem Internetforum für die Interviewten zur Diskussion gestellt. Die Hälfte der Interviewten hat sich daran beteiligt und die Diskussionsergebnisse sind in der dann von Raab veröffentlichten Studie in das Kapitel zur Diskussion von Ansätzen erweiterter Handlungsfähigkeit eingeflossen.

2 Der Austausch zu den Subjektkonstruktionen und zu den Ergebnissen der vertiefenden Analyse könnte mit dem Instrument der Entwicklungsfigur aus der kritisch-psychologischen Praxisforschung erfolgen. Eine Entwicklungsfigur wird in Teams von Forschenden und Mitforschenden als Bestandteil eines Problemlösungsprozesses erarbeitet. Sie dient dazu, das eigene Handeln zu verstehen, alternative Handlungsoptionen zu entwickeln, auszuprobieren und wiederum zu analysieren (Markard 2009: 279ff.; Reimer 2011: 23ff.).

3.4 Transfer und Transformation: Erweiterte Handlungsfähigkeit

Der Fokus der intersektionalen subjektwissenschaftlichen Praxisforschung liegt auf der Entwicklung von Handlungsperspektiven, die die eigenen und kollektiven Lebensmöglichkeiten erweitern (vgl. Abschnitt 1.4). Dem Forschungsprojekt zur »Lebenssituation von gewaltbetroffenen Frauen mit und ohne Psychiatrieerfahrung im Frauenhaus« in Schleswig-Holstein ist es mit der Intersektionalen Mehrebenenanalyse gelungen, »eine fundierte Basis für die politische Auseinandersetzung, aber auch die praktische Beratungsarbeit zu schaffen, die nötig ist, wenn sich Frauenhäuser für eine anti-rassistische, selbstreflektierende Praxis einsetzen und die Individualisierung von Gelingen und Scheitern solidarisch zurückweisen« (Carstensen et al. 2018: 152).

Ein wichtiger Schritt dahin waren Interviews mit Bewohner*innen mit und ohne Psychiatrieerfahrung. Diese hatten gezeigt, in welchem Maße strukturelle »Klassen-, Geschlechter-, Rassialisierungs- und Körperverhältnisse« (Schrader/Langsdorff 2014: 41) von den Interviewten normalisiert werden. So wurde etwa die beeinträchtigte Situation im Frauenhaus gegenüber den vorangegangenen Gewalterfahrungen, mangelndem bezahlbarem Wohnraum und der daraus resultierenden Gefahr der Wohnungslosigkeit idealisiert. Auf der Ebene der symbolischen Repräsentationen wirken Diskurse der Eigenverantwortung und Disziplinierung, durch die die strukturelle Verankerung von Herrschaftsverhältnissen weiter unsichtbar gemacht wird. Das Forscher*innenteam schließt daraus: »Es scheint den Frauen gesellschaftlich kaum vertretbar, mehr zu fordern, beispielsweise eine therapeutisch-heilende, schutzgebende Umgebung oder ein Zimmer für sich allein« (Carstensen et al. 2018: 148). Stattdessen wird der Druck, der aufgrund der Lebenssituation im Frauenhaus entsteht, weitergegeben, indem das »störende Verhalten« mancher Bewohnerinnen mit bodyistischen und rassistischen Konstruktionen von Anderssein erklärt wird. Das Forschungsteam will die Erkenntnisse nutzen, um einen gesellschaftlichen Perspektivwechsel in Bezug auf psychiatrie-

erfahrene Frauen zu erreichen. Der angestrebte Perspektivwechsel betrifft auch die Identitätskonstruktionen der Mitarbeiter*innen im Frauenhaus und zielt auf eine Veränderung ihres Umgangs mit psychiatrieeerfahrenen Bewohnerinnen ab. Die Forschenden wollen mit ihrem Projekt außerdem dazu anregen, »die strukturelle Bedeutung und die gesellschaftlichen Ursachen häuslicher Gewalt wieder deutlicher öffentlich zu thematisieren« (ebd.: 142). Denn es sind nicht die als schwierig beschriebenen Bewohner*innen, die Probleme verursachen, sondern gesellschaftlich akzeptierte Gewaltverhältnisse und mangelnde Ressourcen für ihre Bekämpfung.

Das Beispiel zeigt, dass die an einer intersektionalen Praxisforschung Beteiligten ein empirisch verankertes Wissen über Machtdynamiken, Herrschaftsverhältnisse und die Auswirkungen des kapitalistischen Systems entwickeln (Winker 2012: 25). Sie nehmen dadurch konkrete Ideen für ihren Alltag und für politisches Handeln mit, z.B. dafür, wie sich individuelles Empowerment und solidarisches kollektives Handeln miteinander verbinden lassen oder wie eigenes diskriminierendes Verhalten abgebaut werden kann.

Die Intersektionale Mehrebenenanalyse wurde von den Forscher*innen der Frauenhaus-Projekte als Analysewerkzeug gewählt, um die ganze Komplexität der Wechselwirkungen verschiedener Herrschaftsverhältnisse über drei Ebenen hinweg zu betrachten und »eine fundierte Basis für die politische Auseinandersetzung, aber auch die praktische Beratungsarbeit zu schaffen« (Carstensen et al. 2018: 152). Das Ziel der Praxisforschung ist es hier, zur Entstigmatisierung von Psychiatriebetroffenheit beizutragen, indem Frauenhäuser wieder deutlicher die ursächliche strukturelle Gewalt gegen Frauen öffentlich thematisieren und sich für eine bessere Ausstattung mit Ressourcen einsetzen, um gewaltbetroffenen Frauen ein würdevolles Leben zu ermöglichen (ebd.: 152). Veröffentlichungen und Tagungen können Wege sein, diese Ziele zu vermitteln. So sollen bei der für 2020 geplanten Abschlusstagung des hessischen Forschungsprojektes zum einen die Ergebnisse des Forschungsteams vorgestellt werden, und zum anderen sollen Bewohnerinnen von Frauenhäusern eine Plattform zur Dis-

kussion der Ergebnisse erhalten. Denn auch Bewohnerinnen haben, wie in diesem Projekt deutlich wurde, zwar wenig Ressourcen, aber eine starke politische Motivation, die Situation im Frauenhaus zu verbessern.

Die Ergebnisse der intersektionalen Praxisforschung können also auf mehreren Ebenen transformativ wirken: Zum einen verändern sie das Selbstbild der Forschenden und Mitforschenden. Aus den Ergebnissen können gemeinsam Werkzeuge erarbeitet werden, die dazu dienen, die konkrete Lebenssituation zu verbessern. Zum anderen können die Ergebnisse aber auch als Grundlage dafür dienen, politische Forderungen zu artikulieren. Auf diese Weise ist es möglich, sich gemeinsam für eine Verbesserung der gesellschaftlichen Bedingungen einzusetzen, sei es in Bezug auf Sozialpolitik, Gesetze oder die Sichtbarkeit von marginalisierten Gruppen.

3.5 Macht und Ressourcen im Wissenschaftssystem

Echte Partizipation, bei der alle Beteiligten gleichberechtigt über den Forschungsprozess und die Kommunikation der Ergebnisse entscheiden, lässt sich nicht ohne Weiteres mit einer Forschungslandschaft vereinbaren, in der Wissenschaftler*innen mit Titel und Lehrstuhl als Expert*innen Forschungsprojekte entwerfen, Forschungsmittel und Stellen einwerben und Ressourcen und Zeitbudgets kontrollieren (vgl. Russo 2012). Wer Praxisforschung in den hegemonialen Rahmenbedingungen betreiben möchte, kann an vielen Stellen in Konflikte geraten.

Praxisforschung ist ein offener Prozess. Mitforschende müssen den Verlauf der Forschung, soweit es geht, auf Augenhöhe mitgestalten können. Dort, wo Machtgefälle bestehen bleiben, müssen sie offen besprochen und reflektiert werden. Es gibt allerdings keine Finanzierungsformate, die Partizipation in einem dafür notwendigen Maß ermöglichen. Enge Projektlaufzeiten und Budgets, die zudem ein hohes Maß an vorausgreifender Projektplanung voraussetzen, er-

schweren kollektives Arbeiten. Bei Qualifikationsarbeiten, mit denen eine Person einen akademischen Titel anstrebt, sind die Möglichkeiten kollektiven Arbeitens ohnehin sehr begrenzt. Oft erleben partizipative Projektteams auch, dass die ›Lai*innen‹ außerhalb des Forschungszusammenhangs nicht als Expert*innen anerkannt werden und es viel solidarische Beharrlichkeit braucht, damit Mitforschende als wissenschaftliche Sprecher*innen oder Autor*innen akzeptiert werden.

Trotzdem lässt sich, wie wir im Hinblick auf das empirische Vorgehen der Intersektionalen Mehrebenenanalyse erörtert haben, auch schon dadurch, dass einzelne Elemente der Praxisforschung im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten umgesetzt werden, ein hohes Maß an Partizipation erreichen. Ein pragmatischer Umgang mit den Gegebenheiten sollte aber durch die wissenschaftspolitische Forderung ergänzt werden, partizipative Projekte grundlegend zu ermöglichen. Das betrifft ganz konkret die Finanzierung von Forschung hinsichtlich der Projektzeiträume und der finanziellen Ressourcen, die für das Mitwirken der Mitforschenden eingeplant werden können. Es betrifft aber auch das Selbstverständnis von Wissenschaftler*innen: Ein demokratisiertes Wissenschaftssystem wird Alternativen zum Idealbild der legitimen Expert*innen mit privilegierter öffentlicher Stimme zu lassen müssen, in deren beruflicher Laufbahn Projekte dazu dienen, akademische Titel zu erlangen, Publikationslisten zu erweitern und Drittmittel einzuwerben.

Es wäre wenig gewonnen, wenn der transformative Anspruch von Intersektionalität in Bezug auf das Wissenschaftssystem selbst nur durch Praxisforschung realisiert würde. Rassismen, Heteronormativismen, Klassismen und Bodyismen produzieren auch in der Wissenschaft selbst vielfältige Ausschlüsse, so dass bis heute überwiegend Menschen mit privilegierten sozialen Hintergründen die Machtpositionen der Hochschulen und Forschungseinrichtungen besetzen. Praxisforschung soll der Wissenschaft nicht einen Zugang zu marginalisierten Menschen verschaffen, sondern dazu dienen, dass Menschen aus anderen Praxisfeldern gemeinsam mit Wissenschaftler*innen zu Erkenntnissen kommen. Die Forderung, grundlegend

auch die Machtverhältnisse im Wissenschaftssystem zu verändern, wie sie etwa die Behindertenbewegung mit »Nicht über uns ohne uns« (Hermes/Rohrmann 2006) auf den Punkt bringt, bleibt davon unberührt.

Praxisforschung kann und darf eine notwendige Öffnung des Wissenschaftssystems für gesellschaftlich marginalisierte Menschen nicht ersetzen. Sie kann aber ein Weg sein, Macht und Ressourcen abzugeben. Konkret kann das etwa heißen, dass sich soziale Bewegungen mit den Ressourcen des Wissenschaftssystems Wissen erarbeiten, welches sie in ihrer politischen Praxis weiterbringt, oder dass Menschen die Wissenschaft als Sprachrohr nutzen, um sozial- oder rechtspolitische Forderungen zu stellen. Die Voraussetzung dafür, Macht zu teilen, ist, dass die Praxisforschung es den Mitforschenden ermöglicht, sich die vielfältigen Ressourcen des Wissenschaftssystems anzueignen. Das Wissen um Theorien und Methoden intersektionaler Sozialforschung gehört hier dazu.

